

Eltern fordern Mitbestimmung in der Schule

Elterninitiative als provisorische Landeselternvertretung  
konstituiert

Auf Einladung des Bundeselternrates trafen sich am 10.10.1990 in Magdeburg mehrere hundert neu gewählte Elternvertreter aus den Landkreisen und kreisfreien Städten der fünf ostdeutschen Bundesländer zu einem Erfahrungsaustausch über Elternmitwirkung in der Schule. Angesichts der bevorstehenden Erarbeitung eines Landesschulgesetzes und noch fehlender Mitwirkungsgruppen auf Landesebene verständigten sich die ca. 80 Elternvertreter Sachsens auf die Bildung einer Elterninitiative im Freistaat Sachsen.

Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, die Mitwirkung der Eltern und Erziehungsberechtigten im sächsischen Schulwesen zu fördern und bis zur Konstituierung einer Landeselternvertretung zu koordinieren. Dabei handelt die Elterninitiative ausdrücklich parteipolitisch neutral.

Auf ihrer ersten Tagung am 3.11.1990 beschlossen die Elternvertreter eine Rahmenordnung für ihre Tätigkeit. Zum Sprecher der Elterninitiative wurde Michael Hannich, Görlitz, gewählt. Ferner gehören dem Sprecherrat als stellvertretende Sprecher an: Frau Annegret Engelmann, Meißen, Herr Dr. Rainer Fichtner, Dorfchemnitz und Herr Dr. Joachim Fichtner, Nasseböhla.

Die Elterninitiative appelliert an alle Eltern, umgehend der Arbeitsgruppe mitzuteilen, welche Mitwirkungsrechte (Informations-, Anhörungs-, Beratungs-, Vorschlags- bzw. Mitbestimmungsrechte) für die verschiedenen Ebenen (Schule, Kreis, Land) aus der Sicht der Eltern im künftigen sächsischen Schulgesetz zu fixieren sind. Ferner fordert die Elterninitiative alle gewählten Elternvertreter auf, entsprechend der noch gültigen Verordnung über Mitwirkungsgruppen und Leitungsstrukturen im Schulwesen vom 30.5.90 und der 1. Durchführungsbestimmung vom 17.8.90 umgehend eigenverantwortlich die Konstituierung und Wahlen der nächsthöheren Mitwirkungsgruppen vorzunehmen.

Entsprechend ihrer Zielstellung <sup>gemäß</sup> sucht die Elterninitiative die Zusammenarbeit mit dem Landesschulamt bzw. dem Kultusministerium. Sie erwartet von der Landesregierung, rechtzeitig vor schulpolitischen Entscheidungen informiert und in die Entscheidungsfindung einbezogen zu werden.

Kontaktadresse: Michael Hannich, PSF 127, O-8900 Görlitz

J. L.